

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

27.04.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 14.03.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:28 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 30.11.2016 - öffentlicher Teil - Die Vorlage entfällt, da keine Beschlüsse gefasst wurden.**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Städtische Max-Bruch-Musikschule erfolgreich beim Regionalwettbewerb Jugend musiziert in Waldbröl**
0111/2017
- 7** **Sachstand Schulsanierungen**
- 8** **Verwendung der Finanzmittel aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“**
0056/2017
- 9** **Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot für das Schuljahr 2017/18**
0044/2017
- 10** **Schulentwicklungsplanung Primarstufen, Bestimmung der Schularten in Refrath**
0051/2017
- 11** **Haus der Musik - Bericht 2015/2016**
0120/2017
- 12** **Jahresbericht 2016 des Stadtarchivs**
0043/2017
- 13** **Sachstandsbericht zum Neubau des Stadtarchivs**
0090/2017
- 14** **Kunstmuseum Villa Zanders - Bericht 2015 / 2016**
0110/2017
- 15** **Annahme einer Schenkung**
0105/2017
- 16** **Annahme einer Dauerleihgabe**
0108/2017
- 17** **Sachstandsinformation zu den BA-Kursen an der VHS**
0122/2017
- 18** **Abschluss eines Pflege- und Nutzungsvertrages mit dem Verein DJK SSV Ommerborn Sand e.V.**
0029/2017
- 19** **Bericht des Stadtverbandes Bergisch Gladbach e.V.**
0131/2017
- 20** **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach**
0095/2017
- 21** **Anträge der Fraktionen**
- 22** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Neu schlägt vor, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Bericht des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V.“ (Drucksachen-Nr. 0131/2017) zu erweitern und unter TOP 19 zu behandeln. Der Ausschuss zeigt sich damit einvernehmlich einverstanden.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Rockenberg teilt noch folgende Ergänzungen mit:

- Der Informationstext und der QR-Code zu weiterführenden Informationen zu den drei Bürgermeistern aus der NS-Zeit, deren Bilder im Raum 111 des Bensberger Rathauses hängen, seien nun dort angebracht. Die Informationen könnten auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach heruntergeladen werden unter:
Startseite → Stadtleben & Freizeit → Über die Stadt → Historische Hintergründe (<https://www.bergischgladbach.de/ns-buergermeister.aspx>). Auch die Informationen über das Stellawerk und verschiedene Straßennamen seien bereits auf der Internetseite eingestellt. Es fehlten allerdings noch die entsprechenden QR-Codes vor Ort.
- Die Städtische Max-Bruch-Musikschule habe nun auch eine eigene Facebookseite.
- Zur Anfrage von Herrn Lambertz, vermehrt Stundenkontingente in den Randstunden im Zandersbad nutzen zu können, habe die Bäder-GmbH nun punktuell einzelnen Schulen weitere Stunden zur Verfügung gestellt.

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 30.11.2016 - öffentlicher Teil - Die Vorlage entfällt, da keine Beschlüsse gefasst wurden.

Die Vorlage entfiel, da keine Beschlüsse gefasst wurden.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Neu bittet die Verwaltung unter dem TOP Mitteilung des Bürgermeisters um einen Sachstandsbericht zum Nußbaumer Bike-Parcours des Vereins Dirt Stylers. Zum anderen möchte er auf den Brief des Bergisch Gladbacher Billard-Club 1926 e.V. an die Mitglieder des Ausschusses hinweisen. Er habe dem Verein empfohlen sich mit ihrer Angelegenheit an den dafür zuständigen Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu wenden.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Martmann teilt mit, der Zeitplan für die Sanierung der Turnhalle in Sand sei erstellt. Die Sanierung solle Anfang April beginnen und im Januar 2018 abgeschlossen sein. Ferner kündigt er für die nächste Ausschusssitzung eine Vorlage zu den Kunstrasenplätzen in Bergisch Gladbach an. Nach der bestehenden Regelung müssten die Vereine die Erneuerung der Oberflächen der Kunstrasenplätze, die ca. 200.000 Euro pro Platz kosten würde, alleine tragen. Die ausschließliche Abwälzung der Reinvestition auf die Vereine sei aus Sicht der Verwaltung nicht tragbar und sollte grundsätzlich geregelt werden.

[Hinweis der Verwaltung: Die Sanierung der Turnhalle Sand wird voraussichtlich Mai 2018 abgeschlossen sein, da noch Grundstücksfragen geklärt werden mussten.]

Herr Rockenberg ergänzt noch folgende Punkte:

- Bezüglich des Nußbaumer Bike-Parcours des Vereins Dirt Stylers möchte er mitteilen, dass hier die Sportverwaltung nur indirekt beteiligt sei. Der Fachbereich 4 sei an jeglicher Form von Bewegungsfläche für die Bevölkerung interessiert und habe daher auch an dem Gespräch beim Bürgermeister teilgenommen. Die Bauordnung habe die Verfügung unter bestimmten Bedingungen wie u.a. Klärung der Verkehrssicherungspflicht, Haftung und Trainingsbetrieb nur unter Aufsicht derzeit ausgesetzt. Der Verein sei hier noch in der Bringschuld. Auch stehe die Klärung mit den Eigentümern noch aus.
- Durch eine namhafte Spende an den Fachbereich 8 – StadtGrün könne evtl. im Bereich Saaler Mühle am Spielplatz ein öffentlicher Bewegungsparcours gebaut werden. So könne das Sportangebot für den nichtorganisierten Sport erweitert werden.
- Zuletzt weist er auf die Flyer zum Kulturrucksack NRW hin. Die Stadt Bergisch Gladbach biete schon seit 2013 kulturelle Workshops im Rahmen des Kulturrucksacks an. Zielgruppe seien die 10 - 14-jährigen Kinder und Jugendlichen, die kostenfrei an einer Vielzahl von Workshops der unterschiedlichsten Art teilnehmen könnten und so an das Thema Kultur herangeführt würden. Diese Maßnahme werde mit ca. 23.500 Euro vom Land und ca. 8.000 Euro von der Stadt Bergisch Gladbach gefördert.

Herr Komenda hat noch eine Nachfrage zu der vom Landschaftsverband Rheinland aufzulösenden Rückstellung von ca. 246 Mio. Euro. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen ca. 6,8 Mio. Euro. Sicherlich gebe es seitens des Kreises bereits gewisse Überlegungen für die Verwendung der Mittel. Zu überlegen sei, ob nicht ein Teil der Mittel für die Sanierung des Schwimmbades Mohnweg verwendet werden könne. Es gebe auch einen Prüfauftrag an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV), dort ein Blockkraftwerk zu installieren, um die Grundschule, die Waldorfschule, die Wilhelm-Wagener-Schule und das Schwimmbad zu versorgen. Eine Sanierung würde der Wilhelm-Wagener-Schule und Refrath sehr helfen. Das Schwimmbad werde u.a. von inzwischen allen Grundschulen in Refrath genutzt. Er schlage vor, diesbezüglich an den Kreis einen Appell zu richten.

Herr Martmann antwortet, die Auflösung einer Rückstellung führe zu gewissen finanziellen Spielräumen. Evtl. reguliere der Landschaftsverband dies über die Landschaftsumlage, die die Kreise direkt betreffe oder es könne zu einer Auszahlung kommen. Bei einer Regulierung über die Landschaftsumlage müsse der Kreis weniger Umlage abführen und hätte damit einen Spielraum, um möglicherweise den Kommunen entgegen zu kommen. Derzeit gebe es darüber noch keine konkreten Informationen. Er werde das Thema Auflösung der Rückstellung im Verwaltungsvorstand ansprechen. Die Stadtverwaltung werde mit dem Kreis Kontakt aufnehmen. Sollten Mittel dann zur Verfügung stehen, werde es sicherlich viele Vorschläge für deren Verwendung geben.

Frau Lehnert erklärt, es wäre schön, wenn die Stadt weitere Mittel zur Sanierung der Schulen erhalte. Es gebe sicherlich genug Baustellen. Auch der CDU liege das Schwimmbad Mohnweg bzw. die Wilhelm-Wagener-Schule sehr am Herzen. Allerdings sollte man erst einmal abwarten, ob überhaupt Mittel fließen würden. Grundsätzlich sei dieser Vorschlag aber begrüßenswert.

6. **Städtische Max-Bruch-Musikschule erfolgreich beim Regionalwettbewerb Jugend musiziert in Waldbröl**
0111/2017

Herr Neu begrüßt Jorma Meinhardt, 10 Jahre, Teilnehmer am Regionalwettbewerb Jugend musiziert und gratuliert ihm zum 1. Preis mit Weiterleitung zum Landeswettbewerb.

Es folgt die musikalische Darbietung des jungen Musikerschülers der Städtischen Max-Bruch-Musikschule am Klavier.

Herr Neu dankt dem Musiker für seinen Vortrag. Dem schließt sich der Ausschuss an.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. **Sachstand Schulsanierungen**

Herr Martmann teilt zur Sanierung der **Otto-Hahn-Schulen** mit, die Ersatzschule sei mit Erfolg bezogen worden. Die anfänglichen Probleme seien behoben. Die Sanierungsmaßnahme könne so in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden.

Bezüglich der Sanierung des **Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums** (NCG) sei die Finanzierung angepasst worden. Beabsichtigter Baubeginn sei Anfang 2019. Die Schulcontainer, die derzeit bei den Otto-Hahn-Schulen im Einsatz seien, würden dann teilweise umgebaut, damit auch am NCG Teile ausgelagert werden könnten. Bei beiden Sanierungsmaßnahmen sei man auf einem guten Weg.

Frau Lehnert möchte noch gerne wissen, ob der Zeitplan für die Sanierung der beiden Schulen durch den Verzug bei der Sanierung an den Otto-Hahn-Schulen eingehalten werden könne bzw. ob sich dies auf den Zeitplan für die Sanierung des NCG's auswirke.

Herr Martmann erklärt, für die Sanierung der Otto-Hahn-Schulen seien zwei Jahre eingeplant. Allerdings könne eine Verzögerung durch Probleme bei der Sanierung nie ausgeschlossen werden. Danach werde mit der Sanierung des NCG's begonnen. Dieser Bauzeitenplan sei allerdings noch nicht genau festgelegt.

8. Verwendung der Finanzmittel aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“
0056/2017

Herr Neu teilt mit, der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) habe dem Beschlussvorschlag „Verwendung der Finanzmittel aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW Gute Schule 2020“ einstimmig zugestimmt.

Frau Scheerer erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei sehr erfreut über die zusätzlichen Mittel. Sie möchte gerne wissen, ob beim Neubau der GGS Bensberg an der Karl-Philipp-Straße auch der Bau einer Turnhalle eingeplant sei, da dies die einzige Grundschule sei, die keine Turnhalle habe.

Herr Martmann antwortet, der Neubau sei auf Grund der Vorlaufplanungen für 2019/2020 vorgesehen. Der Bau einer Turnhalle sei jedoch nicht mit eingeplant worden. Auf Grund der begrenzten Mittel habe man den Schwerpunkt auf den Neubau der Grundschule gelegt. Der Bau der Turnhalle auf dem kürzlich erworbenen angrenzenden Grundstück müsste dann ggf. in einem zeitlichen Abstand angegangen werden. Bei 35 Schulen müsse auch auf eine notwendige und vernünftige Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel geachtet werden.

Herr Pütz möchte noch darauf hinweisen, dass auch andere Schulen in Bergisch Gladbach keine Turnhalle hätten, wie z.B. die GGS Refrath und die KGS An der Steinbreche.

Frau Glamann-Krüger findet, der Bau der Turnhalle solle wenigstens optional mit eingeplant werden für den Fall, dass weitere Mittel zur Verfügung stünden.

Frau Lehnert teilt mit, auch die CDU-Fraktion freue sich über die zusätzlichen Mittel und werde der Vorlage zustimmen. Sie habe aber auch noch eine Frage zur GGS Bensberg. Vor einiger Zeit hätten Eltern von Kindern, die die Grundschule besuchten, mit viel Engagement Überlegungen zur Finanzierung eines Turnhallenbaus evtl. über den Förderverein der Schule angestellt. Sie möchte gerne wissen, ob diejenigen, die damals diese Gespräche geführt hätten, in die neue Planung mitbezogen worden bzw. davon informiert worden seien, dass immer noch keine Turnhalle gebaut werde. Zum anderen möchte sie auf die Mängel an der KGS An der Steinbreche hinweisen. Sie wisse, dass nicht unbegrenzt Mittel zur Verfügung stünden, aber vielleicht könne man einen kleineren Betrag an dieser Schule einsetzen.

Herr Martmann erklärt, die damaligen Finanzierungsbemühungen der Eltern hätten zu keinem Ergebnis geführt. Dies sei auch schon drei oder vier Jahre her, so dass die Kinder dieser Eltern sehr wahrscheinlich schon auf weiterführende Schulen gewechselt hätten. Natürlich sei der Bau einer Turnhalle wünschenswert, aber leider könne nicht alles finanziert werden. Zu den Mängeln an der Grundschule An der Steinbreche möchte er auf die Sanierung des Fundamentes vor einigen Jahren hinweisen. Er werde sich die Probleme mit dem Fachbereich 8-65 / Hochbau anschauen.

Herr Kraus merkt an, bezogen auch auf den sportlichen Aspekt sei die Auswahl der Baumaßnahmen, die die Verwaltung getroffen habe, sehr gut. An vielen Schulen und auch Turnhallen gebe es Sanierungsbedarf, allerdings könne man mit dem Gießkannenprinzip nicht die Dinge erreichen, die jetzt hier in diesen drei Blöcken erreicht würden. Er hoffe auf Verständnis bei den anderen Standorten, die leider nicht berücksichtigt werden konnten.

Herr Neu erinnert an die Prioritätenliste für die Grundschulen, die der Ausschuss vor vielen Jahren einmal aufgestellt hatte. Er fragt an, ob diese noch verwendbar sei oder gänzlich neu aufgestellt werden müsse.

Herr Pütz antwortet, diese Liste sei zu Zeiten aufgestellt worden, als die Schulverwaltung noch für die Gebäude verantwortlich gewesen sei. Diese sei dann mit dem Hochbau besprochen worden, die aber meist zu anderen baufachlichen Erkenntnissen gekommen seien. Diese Prioritätenliste sei dann nicht weiter verfolgt worden.

Herr Neu lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport schließt sich **einstimmig** der Beschlussempfehlung des Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr an:

- 1. Die zins- und tilgungsfreien Kredite aus dem Schuldendiensthilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“ werden für folgende Maßnahmen verwendet:**
 - a. Neubau der Gemeinschaftsgrundschule Bensberg an der Karl-Philipp-Straße**
 - b. Errichtung einer Doppelturnhalle auf dem Gelände des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums**
 - c. Sanierung der Sporthalle Feldstraße an den Kaufmännischen Schulen**
- 2. Nachdem für die benannten Maßnahmen die jeweilige Entwurfsplanung (HOAI Leistungsphase 3) fertiggestellt ist, wird diese dem Ausschuss für Umwelt Klima, Infrastruktur und Verkehr mit der Kostenberechnung zum Maßnahmebeschluss vorgelegt.**
- 3. Sollte sich im Rahmen der weiteren Planung herausstellen, dass die geplanten Kosten der drei Maßnahmen höher sind, als die durch das Schuldendiensthilfegesetz zur Verfügung gestellten Mittel, sind die zusätzlichen Investitionsmittel über den Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes zu finanzieren.**

9. Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot für das Schuljahr 2017/18
0044/2017

Herr Neu teilt mit, der Jugendhilfeausschuss (AUKIV) habe dem Beschlussvorschlag „Im Schuljahr 2017/2018 werden bis zu 2.710 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gefördert“ einstimmig zugestimmt. Der ABKSS erhalte die Vorlage nur zur Kenntnis.

Frau Dr. Paduch möchte auf die Bedarfssituation an der GGS Refrath, Wittenbergstraße, die auch in der Vorlage genannt werde (Seite 21), hinweisen. Sie sei von einer betroffenen Mutter angesprochen worden. Derzeit hätten 34 Eltern keine Zusage für einen Platz in der OGS an diesem Standort. Bei den Kindergartenkindern könnte auf die Betreuung durch Tagesmütter ausgewichen werden. Dies sei bei Schulkindern nicht der Fall. Dies würde die Familien in große Schwierigkeiten bringen. Sie möchte gerne wissen, ob das Jugendamt für diese Fälle eine Härtefallregelung oder ähnliches vorgesehen habe bzw. wie man den betroffenen Eltern helfen könne.

Frau Liebmann erklärt, es gebe auch an anderen Schulen immer wieder das Problem, dass nicht alle Bedarfe befriedigt werden könnten. An der GGS Refrath sei eine zusätzliche Eingangsklasse eingerichtet worden. Die Obergrenze bei den OGS-Plätzen liege an dieser Schule bei 100 Plätzen, gebaut worden sei für 75 Kinder. Weitere Plätze könnten daher ohne Vorplanung nicht angeboten werden. Neben dem Platzproblem gebe es aber auch das Problem der Refinanzierung der Plätze. Auch wenn im Schuljahr 2017/2018 im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen 2.710 Plätze gefördert würden, könnten nicht alle Bedarfe komplett befriedigt werden. Der Jugendhilfeausschuss habe einen Kriterienkatalog beschlossen, an dem Schulleitungen und Träger sich orientieren und eine Auswahl durchführen könnten. Neben den Kriterien des Wohnsitzes in Bergisch Gladbach und der besonderen oder besonders schwierigen Lebenslage des Kindes sei auch die Berufstätigkeit der Eltern ein Kriterium. Reiche der Kriterienkatalog für die

Auswahl allerdings nicht mehr aus, würden manche Schulleitungen und Träger auch das Los entscheiden lassen. Ein Ausbau der Plätze könne nur sukzessive erfolgen.

Frau Lehnert sieht ebenfalls die Problematik. Es gebe einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, aber keinen Anspruch auf einen Platz in der OGS. Auch die Finanzierung der Plätze sei ein Problem. Bergisch Gladbach habe bereits eine relativ hohe Deckungsquote. In der Vorlage auf Seite 21 stehe, dass die GGS Bensberg 40 Plätze zusätzlich anbiete und die EGS Bensberg zurzeit nach (konzeptionellen) Lösungen suche, durch die ca. 20 Plätze mehr angeboten werden könnten. Sie möchte gerne wissen, wie weit die Überlegungen schon fortgeschritten seien.

Frau Liebmann antwortet, der Träger, die PariSozial gGmbH Bergisches Land, prüfe die Möglichkeit, das Konzept innerhalb der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten umzustellen. Es seien allerdings erst noch Ansätze. Das Jugendamt sei mit dem Träger im Gespräch.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Paduch, wie denn die Situation an benachbarten Schulen, z.B. an der KGS An der Steinbreche in Refrath aussehe, erklärt Frau Liebmann, ihres Wissens habe die KGS An der Steinbreche auch keine Kapazitäten für zusätzliche Aufnahmen mehr frei. Sie erstelle für den Jugendhilfeausschuss immer kurz vor den Sommerferien eine Liste über die Wartelisten an den verschiedenen Schulen. Diese Liste könne sie gerne auch den Mitgliedern des ABKSS zur Verfügung stellen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

10. Schulentwicklungsplanung Primarstufen, Bestimmung der Schularten in Refrath 0051/2017

Herr Martmann führt ergänzend zur Beschlussvorlage aus, die finanziellen Mittel reichten nicht aus, um 35 Bergisch Gladbacher Schulen zu sanieren bzw. in Stand zu halten. Daher seien regelmäßig organisatorische Lösungen baulichen Lösungen vorzuziehen. In Refrath gebe es fünf Grundschulen: zwei Gemeinschaftsgrundschulen und drei katholische Grundschulen. Nach den jetzt vorliegenden Anmeldezahlen gebe es zwar in Summe genügend Plätze, aber nicht an den Gemeinschaftsgrundschulen. Auf Grund der bestehenden Verpflichtung Gemeinschaftsgrundschulplätze bereitstellen zu müssen, entstehe für die Verwaltung konkreter Handlungsbedarf. Eine mögliche schulorganisatorische Lösung sei, ein Abstimmungsverfahren zur Bestimmung der Schulart durchzuführen. Daher schlage die Verwaltung vor, an allen drei katholischen Grundschulen in Refrath ein Abstimmungsverfahren durchzuführen, das den Eltern die Gelegenheit biete zu entscheiden, ob die Grundschule der Kinder zukünftig eine Gemeinschaftsgrundschule werde. Sollten die Eltern mehrheitlich für eine Umwandlung stimmen, sei die Verwaltung dann verpflichtet den Elternwillen umzusetzen. Dadurch könne auf einen Neubau verzichtet werden. Sollte das notwendige Votum der Elternschaft nicht zustande kommen, müsste die Stadt Bergisch Gladbach ausreichend Gemeinschaftsgrundschulplätze an den beiden bestehenden Gemeinschaftsgrundschulen zur Verfügung stellen, was eine kostenintensive bauliche Maßnahme zur Folge hätte, während die katholischen Grundschulen einen Überhang aufweisen würden. Bei der geplanten Informationsveranstaltung werde die katholische Kirche natürlich mit eingeladen.

Frau Lehnert teilt mit, die Beratungszeit innerhalb der CDU-Fraktion und des Arbeitskreises sei für eine inhaltliche Diskussion zu knapp gewesen. Sie glaube - und da sei ihre Fraktion mit ihr der gleichen Meinung - dass die eigentlichen Probleme mit einem „neuen Türschild“ nicht gelöst seien. Bei einer Umwandlung würde sich erst einmal nur der Name ändern, mehr aber erst einmal nicht. Im Laufe der Zeit werde vielleicht die Konzeption umgeschrieben und es entfiere konzeptionell der katholische Religionsunterricht, aber vielmehr ändere sich nicht. Die Eltern hätten, wenn sie mit der

Schulleitung oder anderen Angelegenheiten nicht zufrieden wären, nicht die Möglichkeit große Neuerungen herbeizuführen. Damit seien die eigentlichen Probleme aus ihrer Sicht nicht gelöst. Sinnvoller wäre es, sich im Vorfeld die Zeit zu nehmen die eigentlichen Probleme zu finden, warum die Eltern ihre Kinder nicht an einer katholischen Grundschule anmelden wollten. Daher halte es die CDU-Fraktion für nicht so gut, an allen drei Grundschulen gleichzeitig diese Befragung durchführen zu lassen und beantrage daher, diese Befragung erst einmal nur an einer Schule durchzuführen. Die Auswahl der zu befragenden Schule möchte sie der Verwaltung überlassen, da die Verwaltung hier die bessere Übersicht habe. Eine Befragung an allen drei Grundschulen könnte auch dazu führen, dass an allen drei Schulen eine Umwandlung stattfinde. Dann gebe es in Refrath kein Wahlrecht mehr für eine katholische Grundschule.

Herr Komenda bestätigt die intensive Diskussion im gemeinsamen Arbeitskreis von SPD und CDU. Die SPD-Fraktion sei aber zu einer etwas anderen Meinung gekommen. Zum einen könne bei der Befragung von nur einer Schule eine Diskussion über die Auswahl der Schule entstehen. Zum anderen ändere sich etwas im Anmeldeverfahren. Konfessionelle Schulen könnten die Religionszugehörigkeit als Auswahlkriterium bei der Anmeldung anwenden. Auch sei es dann leichter für Gemeinschaftsgrundschulen Schulleitungen bzw. stellvertretende Schulleitungen zu finden, da diese nicht mehr konfessionell gebunden seien. Religionsunterricht gebe es auch an der Gemeinschaftsgrundschule. An der GGS Bensberg würden katholische und evangelische Religion unterrichtet. Auch besuchten die Kinder regelmäßig die Messe. Eine Umwandlung würde einiges erleichtern und daher werde die SPD-Fraktion den Verwaltungsvorschlag voll und ganz unterstützen.

Frau Lehnert entgegnet, an der aktuellen Situation ändere sich nichts. Es gebe nach der Umwandlung keine neue Schulleitung, die Neuaufnahmen seien so gut wie abgeschlossen. Sollten die Eltern irgendwelche Hoffnung durch eine Umwandlung hegen, würden sie enttäuscht werden. Auswirkungen könnten erst in der Zukunft, im übernächsten Schuljahr, eintreten.

Frau Scheerer erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüße den Vorschlag der Verwaltung und sei dafür, die Befragung an allen drei Schulen durchzuführen. Sie habe in dem Zusammenhang noch die Frage, wie sich die Situation in Hand darstelle. Dort habe es vor ein paar Jahren ein ähnliches Problem gegeben.

Frau Glamann-Krüger teilt mit, die FDP-Fraktion finde den Vorschlag der Verwaltung durchaus zeitgemäß und werde ihn unterstützen. Sie möchte gerne noch wissen, ob ausschließlich die Eltern als jährlich wechselndes Gremium entscheiden.

Herr Schmitter möchte sich Frau Lehnert anschließen. Seinem Kenntnisstand nach seien die Beteiligten ein wenig von der Vorlage überrascht. Ihm sei mitgeteilt worden, dass es in Refrath bisher keine Kenntnis davon gab, dass eine Umwandlung der Schulen geplant oder angedacht sei. Zur Aussage von Herrn Komenda, es sei einfacher Schulleitungen für Gemeinschaftsgrundschulen zu finden, entgegnet er, es sei für alle Grundschulen schwierig, Schulleitungen zu finden. Dieses Problem gebe es nicht nur für konfessionelle Schulen. Das Zusatzkriterium der Religionszugehörigkeit sei, soweit er wisse, nicht so das Entscheidende. Ferner möchte er den Aspekt, die Befragung könne auch dazu führen, dass es dann keine konfessionelle Schule mehr in Refrath gebe, aufgreifen. Natürlich verstehe die katholische Kirche die Nöte des Schulträgers entsprechende Schulplätze zur Verfügung zu stellen, allerdings sei sie auch daran interessiert, dass für Eltern und Schülerinnen und Schüler in Refrath auch das Angebot einer konfessionellen Schule bestehen bleibe. Insofern sehe sie eine Abstimmung an allen drei Schulen problematisch. Er möchte gerne wissen, wie die Verwaltung bzw. die Politik damit umgehe, wenn Eltern diesen Wunsch äußerten. Auch möchte er gerne wissen, in welchem Zeitraum die Abstimmung durchgeführt werde.

Herr Komenda findet, die Faktoren, warum Eltern ihre Kinder nicht an einer katholischen Grundschule anmelden möchten, seien nicht beeinflussbar. Man habe weder Einfluss auf die „Gerüchteküche“ in Refrath noch auf das Personal in den Schulen. Im Arbeitskreis sei gefragt worden, was die Kirche außer ihrem Namen „einbringe“. Die Verwaltung teilte mit, die Gebäude und die finanziellen Mittel zur Unterhaltung stelle die Stadt und das Land stelle das pädagogische Personal.

Herr Martmann teilt zum Stichwort „Überraschung“ mit, über die Problematik sei schon mehrfach im Ausschuss diskutiert worden. Der Vorschlag der Verwaltung, die Aufhebung des vom Rat beschlossenen Klassenrichtwertes zu beschließen, sei auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Auch der Aussage, es würde sich nichts ändern, möchte er widersprechen. Eine Umwandlung einer oder mehrere katholischer Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen führe zu einer gleichmäßig verteilten „GGs-Landschaft“ in Refrath und ferner dazu, dass nicht neu gebaut werden müsse. Dies müsse auch rein wirtschaftlich betrachtet werden. Daher habe die Verwaltung auch vorgeschlagen, an allen drei katholischen Grundschulen die Befragung durchzuführen. Sollten die Eltern mehrheitlich gegen eine Umwandlung stimmen, dann müsse die Verwaltung neuen Schulraum an den bestehenden Gemeinschaftsgrundschulen schaffen.

Herr Rockenberg fügt ergänzend hinzu, die Entwicklung der Schülerzahlen in Bensberg und Refrath sowie verschiedene Lösungsansätze würden nun schon seit längerem diskutiert: Erhöhung der Klassenstärke, Einsatz von Containern, Erweiterung um eine Eingangsklasse an einer Schule und Gespräche mit den Eltern. Für die Kinder, deren Eltern eine Gemeinschaftsgrundschule gewählt hätten, müssten formal und faktisch auch Plätze zur Verfügung gestellt werden. Es sei nicht möglich, die Kinder ohne deren Zustimmung an einer katholischen Grundschule unterzubringen. Dies habe in Refrath für das kommende Schuljahr 2017/2018 dazu geführt, einen Überhang von einer zusätzlichen Klasse an einer der Gemeinschaftsgrundschulen schaffen zu müssen. Die GGS Wittenbergstraße habe diese zusätzliche Eingangsklasse trotz Raumproblemen und mit erheblichen Einschränkungen im Raumangebot auch mit Folgewirkungen auf den OGS-Bereich eingerichtet. Dies löse aber nur das diesjährige Problem. Für das Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2018/2019, welches nach den Sommerferien starte, müsse den Eltern das Angebot mitgeteilt werden. Danach richte sich dann im November die neue Verteilung. Insofern gebe es einen erheblichen zeitlichen Druck, der eine Vertagung des Verfahrens nicht zulasse. Mit den katholischen Schulen sei man informell über die Möglichkeit einer Umwandlung im Gespräch gewesen. Neben dem Abstimmungsverfahren, eingeleitet durch die Stadt Bergisch Gladbach als Schulträger, gebe es auch die Möglichkeit des Abstimmungsverfahrens initiiert durch die Eltern. Hierfür hätten die Eltern der jeweiligen Schule den Antrag bis zum 1. Februar 2017 stellen müssen. Dies habe die Verwaltung mit allen Schulen im Vorfeld besprochen, dann aber auf Grund der Kürze der Zeit davon abgesehen, da auch die nötige Einbindung der Politik zu dem Zeitpunkt noch gefehlt habe. Das Verfahren sei das gleiche, das Votum der Elternschaft sei entscheidend. Auf die Frage nach der Anzahl der zu befragenden Schulen möchte er auf die Möglichkeit der Gründung von formalen Schuleinzugsbereichen und einer „straßenscharfen“ Verteilung bei Problemen hinweisen. Das Verfahren der Elternbefragung sollte zeitnah vor dem nächsten Anmeldeverfahren durchgeführt werden. Es würden Informationsveranstaltungen zusammen mit der Schulleitung unter Beteiligung der katholischen Kirche an den jeweiligen Schulen durchgeführt.

Herr Pütz möchte noch auf die Frage von Frau Scheerer nach der Situation in Hand antworten. Da derzeit kein Anlass in Hand bestehe, habe man die Durchführung des Verfahrens für diesen Stadtteil nicht mit vorgeschlagen.

Herr Kraus zeigt Verständnis für das Vorgehen der Verwaltung, zunächst den günstigsten Weg aufzuzeigen. Allerdings sieht auch er die Befragung aller drei katholischen Grundschulen ebenso problematisch wie Frau Lehnert. Er sehe den Elternwunsch Richtung Gemeinschaftsgrundschule nicht abhängig von der Konfession, sondern eher im restriktiveren Umgang der einen oder anderen Schule mit Regeln, wie z.B. Abhol- und Bringzeiten im OGS-Bereich. Daran ändere auch eine

Umwandlung nichts. Auf Grund der Zuzüge werde man an einer neuen Planung nicht herum kommen, aber dies solle nicht an allen drei Schulen gleichzeitig erfolgen, schon um den Schulfrieden zu wahren. Die Befragung einer Schule könne er vielleicht noch mittragen, eine Befragung aller drei Schulen gleichzeitig jedoch auf gar keinen Fall.

Frau Dr. Paduch fragt sich, warum Herr Kraus um den Schulfrieden besorgt sei. Es gebe deutlich mehr Anmeldungen bzw. Wünsche der Eltern für eine Gemeinschaftsgrundschule. Letztendlich würden die Eltern entscheiden, ob die Grundschule eine katholische bleibe oder umgewandelt werde. Ihre Kinder hätten die GGS Kippekausen besucht; christliche Werte seien auch dort vermittelt worden. Es müsse nicht „auf Biegen und Brechen“ an einer „katholischen“ Grundschule festgehalten werden.

Herr Lambertz findet, christliche Werte würden an allen Schulen vermittelt. Dies stehe auch im Schulgesetz. Im Nachsatz höre er dann aber, dass es andere Gründe gebe. So entstehe der Eindruck, der Wunsch die katholische Grundschule zu erhalten, sei vorgeschoben.

Herr Neu lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen, da dieser der Weitergehende ist.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei drei Gegenstimmen aus den Reihen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Im Zuge des neu aufzulegenden Schulentwicklungsplans für die Primarstufe wird im statistischen Bezirk 6 (Refrath) an den drei bestehenden katholischen Grundschulen ein Abstimmungsverfahren gemäß §27 SchulG zur Bestimmung der zukünftigen Schulart durchgeführt.

11. Haus der Musik - Bericht 2015/2016 *0120/2017*

Herr Herweg möchte vor seinem Power-Point-Vortrag noch eine kleine Ergänzung zur Vorlage vornehmen. Auf Seite 30 seien bei den Kulturstrolchen leider einige Förderer nicht genannt. Hier seien die Bensberger Bürgerstiftung, die Initiative der Ordensträgerinnen und Herr Bräunlich noch zu nennen. Er danke allen Förderern für ihre Unterstützung. Dies sei ein sehr erfolgreiches Projekt und er hoffe, dass es zukünftig weiter realisiert werden könne.

Danach folgt der Vortrag von Herrn Herweg (siehe Anlage 2).

Herr Neu dankt Herrn Herweg für seinen Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Lehnert dankt Herrn Herweg ebenfalls für den ausführlichen, informativen Vortrag zur Situation der Musikschule. Sie habe noch eine Nachfrage zu den Schülerzahlen (Seite 28 der Vorlage). Diese seien im Kernbereich rückläufig, Ursache dafür sei vor allem die wachsende Beanspruchung der Schülerinnen und Schüler durch die Schule. Sie habe in letzter Zeit verstärkt die Zunahme an privaten Musikschulen im Stadtbild bemerkt. Sie möchte gerne wissen, ob dies auch schon Einfluss auf die Schülerzahlen habe.

Herr Herweg bestätigt den Eindruck der Zunahme an privaten Anbietern. Jeder könne privat Musikunterricht anbieten. Vielfach würden diese auch wesentlich preisgünstiger und zeitlich flexibler unterrichten als die Musikschule. Die Musikschule könne nicht in jedem Stadtteil das gleiche Angebot anbieten, da sie auf die Schulräume angewiesen sei. Die Ausstattung der

Klassenzimmer sei nicht überall optimal. Dies seien auch Gründe für eine Ausweitung der privaten Anbieter.

Frau Scheerer dankt Herrn Herweg ebenfalls für seine ausführliche Vorlage und seinen Vortrag. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN empfindet die Umsetzung des „Himmelheber-Konzeptes“ aus 2003 mittlerweile als sehr problematisch, nach der die Anzahl der festangestellten Lehrkräfte immer weiter zurückgehe und diese durch Honorarkräfte ersetzt würden. Das verursache nicht nur bei den Honorarkräften Probleme, die sobald sie eine Festanstellung bekämen, weggingen, sondern auch bei den Musikschülerinnen und Musikschülern.

Herr Herweg bestätigt diesen Hinweis. Hochqualifizierte und sehr engagierte Honorarkräfte würden die Musikschule aus Perspektivlosigkeit wieder verlassen, sobald sie woanders eine feste Stelle bekämen. Dies führe auch dazu, dass die Musikschule ihre Qualität nicht halten könne.

Herr Komenda fragt, wie das Himmelheber-Konzept konkret umgesetzt werde. Ferner erwähnt er das Streichen der Sozialermäßigungen. Hier möchte er gerne wissen, wie hoch der gestrichene Betrag gewesen sei.

Frau Bischoff teilt mit, für einen Teil Schülerinnen und Schüler übernehme der Förderverein die Sozialermäßigungen. Leider könnten auf Grund der begrenzten Mittel nicht alle gefördert werden, es gebe eine Auswahl. Sie habe noch mehrere Fragen. Laut Vorlage sei das „Drehtürmodell“ am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium an der Raumfrage gescheitert. Sie möchte gerne von der Verwaltung wissen, woran dies liegen könne. Auch möchte sie gerne wissen, warum es nicht möglich sei, der Musikschule für ihren dezentralen Unterricht Räume in den Schulen oder in einigen ausgewählten Schulen verbindlich zur Verfügung zu stellen, da die Schulgebäude doch der Stadt gehörten. Den von ihren Vorrednern bereits angesprochene verstärkte Einsatz von Honorarkräften bei Ausscheiden von festangestellten Lehrkräften sehe sie ebenso kritisch. Die Durchsetzung des pädagogischen Konzeptes der Musikschule sei auf Grund fehlender Weisungsbefugnis kaum möglich. Auch dürften von diesen keine Verwaltungs- und Veranstaltungstätigkeiten neben der eigentlichen Unterrichtstätigkeit eingefordert werden. Eine Möglichkeit wäre, die Einsatzzeit einer Honorarkraft auch als eine Art „verlängertes Bewerbungsgespräch“ zu sehen mit der Aussicht auf eine sozialversicherungspflichtige Anstellung. Damit würde man der Honorarkraft entgegen kommen, und auch die Musikschule wieder zu dem machen, was sie eigentlich sein solle, eine Musikschule.

Herr Rockenberg erklärt, 2003 habe man das erste große Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Für alle Bereiche habe es pauschalierte Vorgaben geben. Es seien die Sozialtarife gestrichen worden. Die Höhe kenne er leider nicht mehr, aber sehr groß sei der Betrag nicht gewesen. Zum anderen habe die damalige Leiterin der Musikschule, Frau Himmelheber, unter dem Haushaltsdruck ein Konzept zur Personaleinsparung erstellt, das sogenannte „Himmelheber-Konzept“. Danach werde bis auf Weiteres jede freiwerdende Stelle in der Musikschule ersatzlos gestrichen und in Honorarstellen umgewandelt. Dieses Konzept werde noch heute beschlussgemäß umgesetzt. In 2016 seien dies allein 2,8 Stellen gewesen. Die Frage sei, ob dieses Konzept so noch Dauer weiter umgesetzt werden könne. Die Argumente seien bereits genannt. Zu überlegen sei, ob diese Schraube zumindest einmal angehalten werde und punktuell eine freiwerdende Stelle wieder mit einem/einer Festangestellten zu besetzen. Der Ausschuss werde entsprechend weiter informiert.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. Jahresbericht 2016 des Stadtarchivs
0043/2017

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Sachstandsbericht zum Neubau des Stadtarchivs
0090/2017

Herr Dr. Eßer möchte auf die gute Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 8-65 / Hochbau aufmerksam machen. Das Stadtarchiv sei regelmäßig in die Baubesprechungen eingebunden. Auch möchte er noch darauf hinweisen, dass der Landschaftsverband Rheinland eine durchaus ansehnliche Förderung zugesagt habe.

Herr Martmann fügt ergänzend hinzu, diese Baumaßnahme sei formal eine Baumaßnahme des Stadtentwicklungsbetriebes und werde durchgeführt vom Fachbereich 8-65. Er sei froh, dass in Zeiten der Haushaltssicherung noch ein neues Stadtarchiv gebaut werden könne, was der guten Konstruktion zwischen Stadtverwaltung und Stadtentwicklungsbetrieb zu verdanken sei. Das Richtfest solle am 30. Mai 2017 stattfinden.

Frau Scheerer begrüßt die Dachbegrünung des Neubaus. Sie möchte gerne wissen, ob dies auch für andere öffentliche Gebäude angedacht werde. Ferner möchte Sie wissen, ob noch weitere Begrünung rund um das Gebäude geplant sei.

Herr Martmann antwortet, der Anbau sei ein Niedrigenergiegebäude mit 50 cm dicken Mauern. Die Außenanlage sei das letzte Gewerk und würde erst nach Fertigstellung des Baukörpers gestaltet werden. Eine Dachbegrünung anderer öffentlicher Gebäude müsse im Einzelfall geprüft werden und sei auch abhängig von den zur Verfügung stehenden Mitteln.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Kunstmuseum Villa Zanders - Bericht 2015 / 2016
0110/2017

Frau Dr. Oelschlägel trägt ihren Bericht mittels einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Neu dankt Frau Dr. Oelschlägel für ihren Vortrag.

Frau Bischoff schließt sich dem Dank an. Die Präsentation fasse die positive Entwicklung des Kunstmuseums in den letzten 25 Jahren gut zusammen. Sie habe noch eine Frage zur Vorlage. Dort stehe unter „Ausblick“ (Seite 62), dass ein Museumscafé und ein Museumsshop wünschenswert seien. Sie möchte gerne wissen, was Frau Dr. Oelschlägel sich hier vorstelle.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, viele Besucher des Kunstmuseums würden im Gästebuch angeben, dass sie ein Museumscafé und einen Museumsshop vermissen. Diese würden zum heutigen Standard eines Museums gehören. Der Arbeitskreis Baukultur habe seinerzeit einen sehr schönen Entwurf präsentiert. Sie glaube, sollte die Stadt beabsichtigen, ein Café und einen Shop einzurichten, würde der Galerie+Schloss e.V. dies sehr gerne unterstützen.

Herr Schmitter teilt mit, das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium habe im vergangenen Schuljahr mehrere Projekte mit dem Kunstmuseum durchgeführt und zwei Ausstellungen gezeigt. Man könne froh sei, dass Bergisch Gladbach ein so gutes Museum habe.

[Aktueller Hinweis der Verwaltung:

Unter folgenden Links gibt es zwei sehr interessante Beiträge zum Kunstmuseum Villa Zanders:

- <http://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-scala-aktuelle-kultur/audio--jahre-kunstmuseum-villa-zanders-100.html>
- <http://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr3/wdr3-kultur-am-mittag/audio-michael-toenges-arbeiten-auf-papier-100.html>

15. Annahme einer Schenkung
0105/2017

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Schenkung von Marita und Karl-Josef Metzen wird angenommen. Den Schenkenden soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

16. Annahme einer Dauerleihgabe
0108/2017

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Dauerleihgabe aus der Stiftung „Kunst im Landesbesitz“ zur Ergänzung der städtischen Sammlung „Kunst aus Papier“ wird angenommen.

17. Sachstandsinformation zu den BA-Kursen an der VHS
0122/2017

Frau Dr. Killersreiter möchte dem Ausschuss noch einmal dafür danken, dass dieser 2015 der Ausweitung der Integrations- und Sprachkurse der VHS für Flüchtlinge zugestimmt habe. Ohne die zusätzliche personelle Unterstützung wäre dies nicht möglich gewesen.

Herr Tollih verweist auf die Abbildung „Integrationsstatistik VHS Bergisch Gladbach“ (Seite 68). Danach seien die Teilnehmerzahlen bei den Integrationskursen plus BA Kursen um ca. 20 % zum Vorjahr zurückgegangen. Private Anbieter würden Vollzeitkurse mit 25 Stunden in der Woche (fünf Werktage mit jeweils fünf Stunden pro Tag) anbieten. In der VHS würden die Kurse mit 15 Stunden in der Woche (drei Werktage à fünf Stunden) durchgeführt. Die Agentur für Arbeit bzw. das Jobcenter schickten die Menschen bevorzugt in die Vollzeitmaßnahmen, damit diese schneller integriert werden könnten. Er möchte gerne wissen, warum die Volkshochschule keine Vollzeitkurse wie die privaten Mitbewerber anbiete.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, dies liege am pädagogischen Konzept der Volkshochschule. Man habe festgestellt, dass die Maßnahmen mit der Maximalstundenzahl nicht förderlich seien für das Erlernen der deutschen Sprache. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien zum Teil entweder bildungsfern, d.h. sie benötigten auch Zeit das Lernen zu lernen oder aber schwer traumatisiert. Dieser Personenkreis bräuchte viel Zeit für das Üben und Nacharbeiten der Aufgaben. Die Volkshochschule sei mit ihrem pädagogischen Konzept sehr erfolgreich und habe eine sehr hohe Bestehensrate bei den Prüfungen. Auch sei bemerkt worden, dass viele Teilnehmer, die in die privaten Einrichtungen vermittelt würden, in die VHS wechselten, um dort ihre Kurse zu beenden

oder um die Wiederholungskurse zu nutzen. Derzeit würden viele private Anbieter auf den lukrativen Markt drängen. In Bergisch Gladbach biete nun auch die DEKRA Deutschkurse an.

Herr Tollih möchte noch gerne wissen, ob es möglich sei, von den privaten Anbietern, die ebenfalls Deutschkurse bzw. Integrationskurse anböten, vergleichende Zahlen zu erhalten. Interessant wäre, wie groß dieser Markt in Bergisch Gladbach sei, wie viele Menschen Integrationskurse wahrgenommen hätten und wie groß die Bestehensquote hier sei und welcher Ansatz am besten sei, um zukünftig vielleicht auch einwirken zu können.

Frau Dr. Killersreiter antwortet, sie werde bei den privaten Anbietern anfragen, ob diese ihre Daten offen legen. Sie könne auch beim BAMF die allgemeinen Daten erfragen. Allerdings seien diese meist nicht vergleichbar.

Herr Tollih hat eine weitere Frage zu den Jugendintegrationskursen, die angeboten würden. Diese gingen über 9 Monate und würden u.a. ein Praktikum und einen Computereinführungskurs beinhalten. Er möchte gerne wissen, ob die Volkshochschule diese auch anbiete.

Frau Dr. Killersreiter antwortet, 2015/2016 habe die Volkshochschule einen Talentcampus mit insgesamt 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von 10 bis 18 Jahren durchgeführt. Halbtags sei Deutschunterricht erteilt worden und die andere Hälfte des Tages seien kreative Fächer, Exkursionen usw. angeboten worden. Es seien auch zwei Analphabeten dabei gewesen. Um die Durchführung eines Jugendintegrationskurses habe sich die Volkshochschule bemüht. Allerdings sei die Mindestteilnehmerzahl von 15 nicht erreicht worden, da es sehr viele andere Angebote für diese Jugendlichen gebe. Die Volkshochschule habe sich daher fokussiert auf die Förderung von Menschen, die die B1- / B2-Abschlüsse anstrebten, damit diese so schnell wie möglich in eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit einsteigen könnten.

[Ergänzende Anmerkung der Volkshochschule:

Die VHS bietet derzeit auf Grund der Nachfrage von BAMF Deutschkurse mit 20 Stunden /Woche an. Das Jobcenter sucht Einrichtungen, die Teilzeitkurse (15 Stunden/ Woche) anbieten.

Die Zahlen über Anzahl der Teilnehmer in Kursen, in Prüfungen und die Prüfungsergebnisse werden wie zu erwarten nicht veröffentlicht.]

18. Abschluss eines Pflege- und Nutzungsvertrages mit dem Verein DJK SSV Ommerborn Sand e.V.
0029/2017

Herr Rockenberg teilt mit, der Vertragsentwurf sei erstellt und werde derzeit vom Rechtsamt geprüft. Er liege auch dem Verein im Entwurf vor. Die Eckpunkte des Vertrages seien ähnlich den der anderen Verträge. Allerdings liege hier die Besonderheit vor, dass das Grundstück nicht der Stadt Bergisch Gladbach sondern einem Dritte gehöre.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

- 1. Dem Abschluss eines Pflege- und Nutzungsvertrages mit dem Verein DJK SSV Ommerborn Sand e.V. zum Sportplatz wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein einen entsprechenden Vertrag zu schließen.**

19. **Bericht des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V.**
0131/2017

Herr Greifenberg möchte auf zwei Themenschwerpunkte des Stadtsportverbandes noch besonders hinweisen. Die sei zum einen den Flächennutzungsplan unter dem sportlichen Aspekt intensiv zu reflektieren und zum anderen das Thema Wasserflächen. Der Stadtsportverband sei der Meinung, es sei mehr Ausbildungswasserfläche nötig, um Kindern, aber auch erwachsenen Flüchtlingen das Schwimmen beizubringen.

Der Ausschuss nimmt die Tischvorlage zur Kenntnis.

20. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach**
0095/2017

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgende Beschlussempfehlung:

Herr Bernd Martmann wird als Stellvertreter des Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach – Herrn Bürgermeister Urbach – in der Verbandsversammlung des Berufsschulverbandes Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten bestellt.

21. **Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

22. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Anfrage von Herrn Komenda

Herr Komenda hat eine Frage zur Pauschale für Schulbücher, die die Grundschulen erhalten. Die Höhe der Pauschale habe sich seit vielen Jahren nicht verändert, allerdings seien die Buchpreise gestiegen. Er möchte gerne wissen, ob die Pauschale angepasst werden könne.

Herr Pütz antwortet, die Höhe der Pauschale sei durch das Land festgelegt. Zusätzlich dazu erhielten die Grundschulen von der Stadt Bergisch Gladbach einen freiwilligen Betrag in Höhe von 15 Euro pro Schüler bzw. Schülerin für die Finanzierung von Schulbüchern für das Fach Englisch.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:26 Uhr.

[P.S. Hinweis der Verwaltung:

Die Niederschrift konnte leider auf Grund von Urlaub, Krankheit und Terminarbeiten nicht in der erforderlichen Zeit erstellt und versandt werden.]